



**Bezirksvertretungssitzung Mariahilf
24. März 2022**

**Anfragen / Anträge / Resolution
Die Grünen Mariahilf**



Kooperatives Verfahren

Naschmarktparkplatz

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Alternative Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24.03.2022 gemäß § 23 GO-BV folgende

Anfrage

Sehr geehrter Herr Bezirksvorsteher,

im Rahmen der Präsentation des „Zwischenschritts“ der Stadt Wien bei der Neugestaltung des Naschmarktparkplatzes, die Sie gemeinsam mit Stadträtin Ulli Sima am 21.2. durchgeführt haben, wurde auf diverse jüngste Erkenntnisse der Stadt Wien Bezug genommen.

So wurde erwähnt, dass 5.000 Bürger:innen an der Online-Beteiligung teilgenommen hätten und von diesen „die überwiegende Mehrheit für eine klimabewusste Umgestaltung des Platzes ist“ sowie sich „Raum für den konsumfreien Aufenthalt, Begrünung, Wasserelemente und Schatten“ wünscht.

Weiter heißt es unter anderem: „Überdachten Bereichen stehen viele Teilnehmer:innen der Befragung offen gegenüber, sofern [ein] qualitativ hochwertiges Angebot aus regionalen und Bio-Lebensmitteln, das sich vom bestehenden Angebot am Naschmarkt unterscheidet“ angeboten wird.

Außerdem wird angemerkt: „Die Stadt hat die Phase der Beteiligung genutzt, um Klima, Statik und baukulturelles Umfeld am Standort detailliert zu untersuchen.“

Darüber hinaus sieht das „kooperative Verfahren“ zur Neugestaltung des Naschmarktparkplatzes einen EU-weiten Ideenwettbewerb „auf Basis des Bürger:innen-Beteiligungsverfahrens“ vor. Dazu heißt es seitens der Stadt Wien: „Zunächst sichtet eine Jury aus unabhängigen Expert:innen die Ideen der Bevölkerung und wählt die besten Konzepte aus. Unter der Leitung von Architekt Albert Wimmer werden neben Stadtplaner:innen auch eine lokale Lebensmittelproduzentin und ein:e Repräsentant:in aus der Bevölkerung in dieser Jury vertreten sein.“

Wir stellen daher folgende Fragen:



1. Welche genauen Zahlen liegen den o.a. Angaben und somit der Basis für den Ideenwettbewerb zugrunde?
2. Wie groß ist beispielsweise „die überwiegende Mehrheit“, welche Zahlen kann man sich unter „viele Teilnehmer:innen“ vorstellen?
3. Nach welchen Kriterien (Prozentzahlen, o.ä.) wurde entschieden, welche Wünsche der Bevölkerung als Grundlage für den Ideenwettbewerb herangezogen werden?
Wer hat diese Entscheidungen getroffen?
4. Wie haben die Mariahilfer:innen abgestimmt?
Wie die Anrainer:innen in den Bezirken 4 und 5?
5. Wie viele Teilnehmer:innen gab es in Mariahilf?
Wie viele haben sich an der zusätzlichen, postalischen Aussendung beteiligt?
6. Sie hatten im April 2021 angekündigt: „Ein besonderes Augenmerk wird natürlich auf die Anrainer:innen am Naschmarkt gelegt, da diese unmittelbar am Projektgebiet leben.“
Wie sieht dieses Augenmerk nun aus?
Wie lässt sich der von Ihnen angekündigte Fokus auf Anrainer*innen-Wünsche Ihrer Meinung nach jetzt mit einem europaweiten Ideenwettbewerb vereinbaren, bei dem (natürlich) alle Teilnehmer:innen die gleichen Möglichkeiten und Chancen haben – weit über Mariahilf hinaus?
7. Wann werden die konkreten Zahlen der Bürger:innenbeteiligung veröffentlicht?
Wo kann man diese schon jetzt einsehen?
8. Welche Ergebnisse der o.a. Untersuchungen der Stadt Wien zu Klima, Statik, etc. kennen Sie?
Wie sehen diese aus?
9. Wann werden die Ergebnisse dieser Untersuchungen veröffentlicht?
Wo kann man diese schon jetzt einsehen?
10. Stehen die Mitglieder der Jury bereits fest?
Wenn ja: Um wen handelt es sich dabei?



Wenn nicht: Wie viele Mitglieder wird die Jury umfassen?

11. Von wem wurden die Mitglieder unter welchen Kriterien ausgewählt?
12. Die Jury-Leitung übernimmt ein Architekt, der in der Vergangenheit bereits diverse Großprojekte für die Stadt Wien abgewickelt hat.
Inwieweit sehen Sie da die erwähnte „Unabhängigkeit“ der Jury gegeben?
13. Aufgrund des „kooperativen Prozesses“ wird die Neugestaltung des Naschmarktparkplatzes mindestens um ein weiteres Jahr verzögert. Sie haben stets betont, wie wichtig und dringlich die Entschärfung dieser riesigen Hitzeinsel ist.
Wieso unterstützen Sie in Zeiten der Klimakrise ein weitere, monatelange Verzögerung?

Michi Reichelt

Roland Gombotz



Zwischen den Zeilen der Ausschreibung

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Alternative Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24.03.2022 gemäß § 23 GO-BV folgende

Anfrage

Sehr geehrter Herr Bezirksvorsteher,

Seit 1.3.2022 finden sich im Vergabeportal der Stadt Wien die Ausschreibungsunterlagen zum Auftrag „Neugestaltung Bereich ‘Zwischen den Wienzeilen‘“. Aufgrund des, für die Stadt Wien unüblichen, geringen Detaillierungsgrades der Ausschreibung, stellen sich uns folgende Fragen im Detail:

1. Welcher Auftragsart im Sinne des BVerG 2018 ist dieses Verfahren zuzurechnen?
2. Warum fungiert die WGM (Wiener Gewässer Management GmbH) als Auftraggeber in diesem Projekt?
3. Ist ein weiteres Verfahren in der Auftragsart Bauauftrag gemäß § 5 BVerG 2018 geplant?
4. Wenn ja, wird dies als verbundenes Verfahren gewertet?
5. Ob der ungewöhnlichen fehlenden Deklaration in der Ausschreibung – handelt es sich dabei um eine Ausschreibung im Unter- oder Oberschwellenbereich entlang § 12 BVerG?
6. Warum wird die Angebotsfrist von 30 Tagen entlang § 71 BVerG nicht eingehalten?

Verena Knogler



Potenzialanalyse Gumpendorfer Straße

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Alternative Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24.03.2022 gemäß § 23 GO-BV folgende

Anfrage

Sehr geehrter Herr Bezirksvorsteher,

im Jänner 2022 wurden der Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission Mariahilf die Ergebnisse der Potenzialanalyse Gumpendorfer Straße präsentiert. Eine Veröffentlichung dieser Ergebnisse war allerdings nicht angedacht.

Sie selbst haben danach zwar einige Details der Analyse veröffentlicht bzw. an die Medien übermittelt. Dennoch wurde bisher nicht einmal die in der oben erwähnten Kommission präsentierte Zusammenfassung veröffentlicht, ganz zu schweigen von der gesamten Potenzialanalyse.

Wir stellen daher folgende Fragen.

1. Warum wurde die Potenzialanalyse bisher nicht in ihrer Gesamtheit veröffentlicht?
2. Die Potenzialanalyse stellt die Basis für die Bürger*innen-Beteiligung zur Neugestaltung der Gumpendorfer Straße dar.
Sollten Ihrer Meinung nach nicht diejenigen, die hier entscheiden sollen, Einblick in diese Basis erhalten?
3. Stimmen Sie zu, dass eine Veröffentlichung der Potenzialanalyse, die bekanntlich mit Steuergeld finanziert wurde, neben dem berechtigten Interesse der Bevölkerung auch im Sinne der Transparenz eine berechtigte Forderung darstellt?
4. Werden Sie daher die Ergebnisse der Potenzialanalyse öffentlich einsehbar machen, auch über die offizielle Website des Bezirks?

Michi Reichelt

Philipp Rohringer





Ergebnisoffene Bürger:innenbeteiligung Gumpendorfer Straße

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der Grünen Alternative Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24.03.2022 gemäß §24 GO BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge Bezirksvorsteher Markus Rumelhart ersuchen, in Zusammenarbeit mit der Mariahilfer Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission sicherzustellen, dass der geplante Beteiligungsprozess (Bürger:innenbeteiligung) zur Neugestaltung der Gumpendorfer Straße ergebnisoffen, ohne jegliche Vorgaben der Politik, konkret der Stadt Wien oder des Bezirks Mariahilf, durchgeführt wird.

Begründung

Dass politische Parteien ihre ganz individuellen Vorstellungen, Wünsche und Ideen für Um- bzw. Neugestaltungen der Öffentlichkeit präsentieren und bei der Bevölkerung für dementsprechende Unterstützung werben, soll nicht dazu führen, dass parteipolitische Positionen bei Partizipationsprozessen als Vorgabe dienen.

Die jüngsten Erfahrungen mit Neugestaltungsprojekten inner- und außerhalb Mariahilfs lassen insbesondere die Bevölkerung befürchten, dass im Rahmen der Bürger:innenbeteiligung zur Neugestaltung der Gumpendorfer Straße erneut die politisch Verantwortlichen ihre Vorstellungen zu "Fixpunkten" des Projekts und somit zu ebenjenen unumstößlichen Vorgaben erklären könnten.

Diese Befürchtung der Bürger:innen wird dadurch verstärkt, dass zuletzt Ergebnisse von demokratischen Mitbestimmungstools wie Anrainer:innen-Petitionen nicht abgewartet, sondern noch vor deren Abschluss politische Entscheidungen umgesetzt wurden.

Um derartige Vorgehensweisen im Rahmen der Neugestaltung der Gumpendorfer Straße zu unterbinden, soll die diesbezügliche Bürger:innenbeteiligung als Grundlage die von unabhängigen Expert:innen erstellte Potentialanalyse, jedoch keinerlei Vorgaben der politisch Verantwortlichen, erhalten.

Michi Reichelt Philipp Rohringer



Realisierung von gebäudeübergreifender Erdwärmenutzung (Anergienetz) und Heat Harvesting anlässlich der Umgestaltung der Gumpendorfer Straße

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Alternative Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24.03.2022 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (MA 20, MA 28, Wiener Stadtwerke u.a.) ersuchen, in Zusammenarbeit mit dem Umweltausschuss und dem Klimabeirat, im Rahmen der Umgestaltung der Gumpendorfer Straße die Errichtung umfangreicher Anlagen zur Erdwärmenutzung (Anergienetz) sowie gegebenenfalls des Heat Harvesting als zusätzliche Ergänzung einzuplanen.

Begründung

Um die Klimaziele der Stadt Wien gemäß dem im Februar 2022 veröffentlichten Klimafahrplanⁱ zu realisieren (Klimaneutralität bis 2040, -55% Treibhausgasemissionen bis 2030 ggü. 2005, 50% regenerative Energie bis 2030), wird ein Kraftakt in allen Sektoren nötig werden. Insbesondere beim Heizen mit Gas fehlt es Städten oft an Alternativen.

Eine aktuelle Studie im Auftrag u.a. der MA 20 sieht die Nutzung der Erdwärme mittels Wärmepumpen im urbanen Raum als wesentlichen Faktor zum Gelingen der Energiewende. Darin ist auch festgehalten, dass eine Realisierung der notwendigen Erdsonden unter öffentlichen Flächen und die Errichtung gebäudeübergreifender Systeme (Anergienetze) effizienter und praktikabler sind als die Errichtung isolierter Lösungen (Erdsonden in Hinterhöfen)ⁱⁱ. Die Realisierung als gebäudeübergreifendes System erleichtert die Nutzung von Prozessabwärme sowie die Speicherung von Wärme im Erdreich, die bei der Temperierung (Kühlung) von Gebäuden im Sommer sowie aus Sonnenkollektoren anfällt. Auch im Wiener Klimafahrplan werden „Grätzl-Nahwärmenetze und Anergienetze“ als Ergänzung des stadtweiten Fernwärme-Verbundnetzes erwähntⁱⁱⁱ. In seinem Klimaleitbild hat sich zudem der Bezirk Mariahilf zur „Forcierung alternativer erneuerbarer Energieformen“ bekannt.

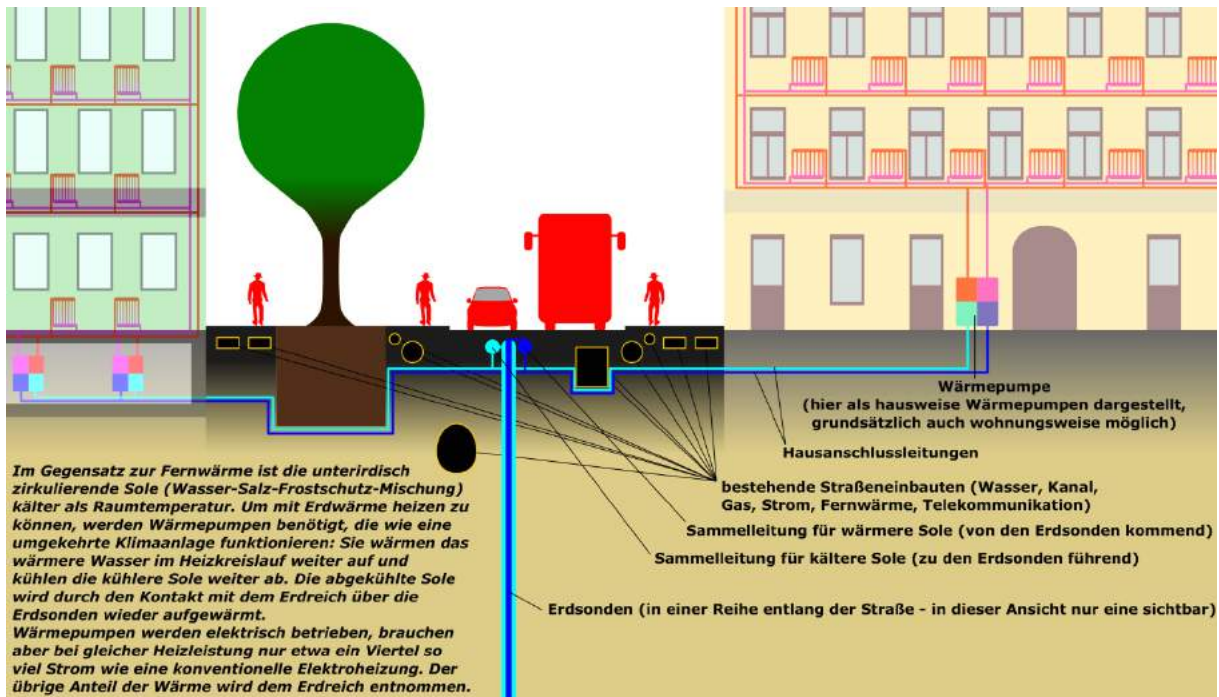


Die oben genannte Studie im Auftrag der MA 20 zeigt auf, dass die Nutzung von Solar-/Erdwärmesonden/Wärmepumpen-Systeme im Vollkostenvergleich zu konventionellen Gas-Heizungen ab dem zwanzigsten Betriebsjahr erheblich günstiger ist^{iv}. Zudem stellen die Gaskosten den Haupttreiber der aktuellen Inflation dar. Damit ist die Umsetzung dieses Projektes im Rahmen der Neugestaltung der Gumpendorfer Straße nicht nur ökologisch sinnvoll, sondern auch wirtschaftlich, sozialpolitisch und geopolitisch empfehlenswert.

Eine weitere Verbesserung könnte die Technologie des Heat Harvesting darstellen^v: Dabei wird im Sommer der aufgeheizten (Asphalt-)Oberfläche mit einem Kollektor Wärme entzogen und in die Erdsonden abgeleitet. Dadurch kann die Sommerwärme im Erdreich für den Winter zwischengespeichert werden und zugleich die Bildung von Hitzeinseln verringert werden.

Die umfassende Umgestaltung der Gumpendorfer Straße stellt dabei eine einmalige Gelegenheit dar, diese Lösungsansätze in die Praxis umzusetzen: Erstens ist es zweifellos wirtschaftlicher, Erdsonden im Zuge einer ohnehin stattfindenden Erneuerung und Umgestaltung zu bohren als eigens dafür die Straßenoberfläche aufbrechen zu müssen^{vi}. Zweitens stellt der Verlauf der Gumpendorfer Straße ein geradezu ideales „Rückgrat“ dar, an das große Teile des Bezirks angeschlossen werden könnten. Drittens sind die Technologien von Erdwärme-Anergienetzen und Heat Harvesting in Pilotprojekten ausreichend erprobt, sodass als nächster Schritt Leuchtturm^{vii}- und Demonstrationsprojekte^{viii} in größerem Maßstab empfohlen werden, also etwa entlang der Gumpendorfer Straße, wie auch als Ziel in der aktuellen „FTI-Roadmap Geothermie“ des Klimaschutzministeriums formuliert sind^{ix}.

Eine solche vorausschauende Erhebung von Möglichkeiten zur Nutzung des Untergrundes der Gumpendorfer Straße ist im Einklang mit einer ergebnisoffenen Bürger:innenbeteiligung zur Gestaltung des (oberirdischen) Straßenraums.



Quellen:

- i Wiener Klimafahrplan: Unser Weg zur klimagerechten Stadt (Langfassung): <https://www.wien.gv.at/umwelt-klimaschutz/pdf/klima-fahrplan-lang.pdf>; **S. 37**
- ii TU Wien, ÖGUT; Juni 2020: Projektbericht AnergieUrban – Die Stadt als Energiespeicher: https://www.oegut.at/downloads/pdf/anergie-urban_projektbericht_2020.pdf?m=1598275909; **S.53**
- iii Wiener Klimafahrplan: Unser Weg zur klimagerechten Stadt (Langfassung): <https://www.wien.gv.at/umwelt-klimaschutz/pdf/klima-fahrplan-lang.pdf>; **S. 78**
- iv TU Wien, ÖGUT; Juni 2020: Projektbericht AnergieUrban – Die Stadt als Energiespeicher: https://www.oegut.at/downloads/pdf/anergie-urban_projektbericht_2020.pdf?m=1598275909; **S.7**
- v AIT, Geologische Bundesanstalt & Terra Umwelttechnik im Auftrag des BMK: Ernte von urbaner solarer Abwärme von Gebäuden und Oberflächen zur Vermeidung der sommerlichen Überhitzung in Städten - Heat Harvest: https://nachhaltigwirtschaften.at/resources/sdz_pdf/schriftenreihe-2021-44-heat-harvest.pdf ; **S.9**
- vi TU Wien, ÖGUT; Juni 2020: Projektbericht AnergieUrban – Die Stadt als Energiespeicher: https://www.oegut.at/downloads/pdf/anergie-urban_projektbericht_2020.pdf?m=1598275909: **„Geothermiebohrungen können im Zuge von Neu- oder Umbauten (Gebäude, Straßenraum, Grünflächen) kostengünstiger (mit)gebaut werden, als wenn sie als Einzelprojekt in der bestehenden Stadt errichtet werden.“ – S. 54.**
- vii TU Wien, ÖGUT; Juni 2020: Projektbericht AnergieUrban – Die Stadt als Energiespeicher: https://www.oegut.at/downloads/pdf/anergie-urban_projektbericht_2020.pdf?m=1598275909; **S.59**
- viii AIT, Geologische Bundesanstalt & Terra Umwelttechnik im Auftrag des BMK: Ernte von urbaner solarer Abwärme von Gebäuden und Oberflächen zur Vermeidung der sommerlichen Überhitzung in Städten - Heat Harvest: https://nachhaltigwirtschaften.at/resources/sdz_pdf/schriftenreihe-2021-44-heat-harvest.pdf; **S.10**
- ix Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK): FTI-Roadmap Geothermie: Vision und FTI-politische Fragestellungen: https://nachhaltigwirtschaften.at/resources/nw_pdf/BMK_Geothermie_Roadmap.pdf; **S.31**



Benennung des Loquaiparks nach Erika Weinzierl

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der Grünen Alternative Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24.03.2022 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (MA 7, u.a.) ersuchen, den Loquaipark nach Erika Weinzierl zu benennen.

Begründung

Der Mariahilfer Loquaipark ist derzeit nach Ferdinand Loquai (1838-1899), Bezirksvorsteher von Mariahilf (1891-1896), zuvor niederösterreichischer Landtagsabgeordneter und Wiener Gemeinderat, benannt (vgl. <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Loquaipark>).

Im aktuellen Ergänzungsband der wissenschaftlichen Studie zu historisch bedenklichen Namensgeber:innen von Wiener Straßennamen wird Ferdinand Loquai als Antisemit geführt. So heißt es dort: "1890 kandidierte Loquai für die Antisemiten als Bezirksvorsteher für Mariahilf." Zudem wird der Politiker unter anderem mit dem Ausspruch zitiert, "dass die christlichen Kinder in den Schulen durch die jüdischen verdorben werden".

Die aktuelle Umgestaltung des Parks böte eine ideale, geradezu historische Möglichkeit auf einen symbolischen "Neubeginn". Eine Benennung nach Erika Weinzierl, einer weit über die Grenzen Österreichs bekannten und geschätzten Ikone im Kampf gegen Antisemitismus, wäre ein deutliches Zeichen Mariahilfs.

Die Historikerin wuchs in Mariahilf auf, besuchte hier die Volksschule und maturierte 1943 am Gymnasium Rahlgasse. "Sie leitete das Ludwig-Boltzmann-Institut für Geschichte der Gesellschaftswissenschaften und war ordentliche Universitätsprofessorin an der Universität Salzburg und der Universität Wien. Lange Zeit war sie eine der wenigen Frauen im deutschsprachigen Raum und die einzige in Österreich auf einem Geschichts-Ordinariat. Für ihre wissenschaftliche und zivilgesellschaftliche kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus wurde sie vielfach ausgezeichnet, langjährig stand sie der Aktion gegen den Antisemitismus in Österreich vor, deren Ehrenpräsidentin sie später wurde." (Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Erika_Weinzierl)



Erika Weinzierl erhielt zahlreiche Auszeichnungen für ihr Schaffen und Wirken, unter anderem das Große Silberne Ehrenzeichen der Republik.

Eine Benennung des Parks nach dieser weithin anerkannten Kämpferin gegen Antisemitismus hätte auch durch die unmittelbare Nähe der, von den Nazis 1938 im Rahmen der November-Pogrome zerstörten, jüdischen Synagoge in der Schmalzhofgasse ("Schmalzhoftempel") eine große symbolische Bedeutung.

Zudem ist die Anzahl der nach Frauen benannten öffentlichen Flächen in Mariahilf nach wie vor verhältnismäßig sehr gering. Diese Benennung wäre demnach auch ein Bekenntnis dazu, Mariahilfer Frauen, ihren Leistungen und ihren Errungenschaften Sichtbarkeit zu verleihen und damit in frauenpolitischer Hinsicht wünschenswert.

Aufgrund der bereits im Mariahilfer Bezirksparlament beschlossenen Erläuterungstafel für den Loquaiplatz, ist die historische Kontextualisierung der Benennung nach Ferdinand Loquai im Sinne der o.a. Studie für diese Örtlichkeit bereits gegeben. Ein Verschwinden der, in diesem Fall belasteten, Geschichte Mariahilfs steht somit durch die Umbenennung des Parks nicht im Raum.

Michi Reichelt



Kühle Zonen in Mariahilf

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Alternative Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24.03.2022 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (MA 18, MA 22, MA 46 u.a.) ersuchen, über den Sommer 2022 (Mai bis September) in Mariahilf in ausgewählten Straßen bzw. Straßenabschnitten eine Verkehrsberuhigung vorzunehmen und durch zusätzliche Maßnahmen (z.B. Errichtung temporärer Sitzgelegenheiten, Begrünungs- und Kühlmaßnahmen) die Aufenthaltsqualität zu steigern, damit sich Anrainer:innen und Passant:innen dort erholen können.

Begründung

Mit Sommern, die jedes Jahr heißer werden, ist es wichtig für die physische und psychische Gesundheit der Mariahilfer:innen (insbesondere für vulnerable Bevölkerungsgruppen, weil diese von der Hitze besonders stark betroffen sind), dass es im dicht verbauten Gebiet zusätzliche verkehrsberuhigte Orte mit hoher Aufenthaltsqualität gibt, an denen sie sich an der frischen Luft erholen können.

Solche Orte wurden in der Vergangenheit temporär im Rahmen des Projekts „Coole Straßen“ der Stadt Wien geschaffen, können aber selbstverständlich auch unabhängig davon eingerichtet werden.

Unterstützung kann der Bezirk dabei z.B. von der Gebietsbetreuung oder von der Mobilitätsagentur der Stadt Wien. Zusätzlich kann die Möglichkeit einer finanziellen Unterstützung der Maßnahme im Rahmen des Förderprogramms „Lebenswerte Klimamusterstadt“ geprüft werden. Potenziell geeignete Straßenabschnitte wären zum Beispiel:

- Kurzgasse zw. Wallgasse und Ägidigasse oder Spalowskygasse
- Eisvogelgasse zwischen Mollardgasse und Linker Wienzeile oder zwischen Gumpendorfer Straße und Meravigliagasse
- Fallgasse
- Königsegggasse zwischen Brauergasse und Esterházygasse



- Capistrangasse
- Laimgrubengasse zwischen Gumpendorfer Straße und Fillgradergasse
- Spörlingasse
- Proschkogasse

Diese Maßnahme könnte maßgeblich zur Steigerung der Lebensqualität vieler Bewohner:innen des Bezirks beitragen.

Hannah Keller Joachim Thaler



Kunst-Nachwuchsförderung

„Change“

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Alternative Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24.03.2022 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge Bezirksvorsteher Markus Rumelhart ersuchen, in seinem Wirkungsbereich für die Jahre 2022/23 einen Schwerpunkt der Kunst- und Kulturförderung auf Nachwuchs-Künstler*innen und junge Kulturschaffende bis 30 Jahren zu legen. Diese Nachwuchsförderung kann unter das eigene Schwerpunkt-Thema „Change“ (Wandel) gestellt werden.

Begründung

Junge Menschen an der Schwelle zum Erwachsenenleben und zur finanziellen Selbständigkeit sind durch die globalen Ereignisse der letzten Jahre besonders betroffen. Gerade der auf (zahlendes) Publikum ausgerichtete Kunst- und Kultursektor ist durch die Pandemie und die daraus resultierenden Einschränkungen besonders in Mitleidenschaft gezogen worden.

Die Nachwuchsförderung „Change“ soll für professionelle Nachwuchs-Künstler:innen, Absolvent*innen und Auszubildende/Studierende einschlägiger Ausbildungsstätten bis zum vollendeten 30. Lebensjahr einen vereinfachten und großzügigen Zugang zu finanziellen Förderungen aus dem Mariahilfer Kulturbudget der Jahre 2022 und 2023 ermöglichen.

Joachim Losehand



Unterstützung von Geflüchteten aus der Ukraine

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Alternative Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24.03.2022 gemäß § 19 Abs. 5 GO-BV den Antrag auf Beschlussfassung folgender

Resolution

Die Bezirksvertretung Mariahilf wird alle Mariahilfer Institutionen und Privatpersonen bestmöglich dabei unterstützen, geflüchtete Menschen aus der Ukraine aufzunehmen, sie zu versorgen und ihnen Ankommen und Aufnahme zu ermöglichen.

Begründung

Am 24. Februar 2022 haben Truppen der Russischen Föderation einen Krieg gegen die unabhängige Republik Ukraine begonnen. Dieses Vorgehen, das in beispielloser Weise den Frieden und die Sicherheit in Europa beeinträchtigt und besonders das Leben aller Menschen in der Ukraine sowie in letzter Konsequenz auch in der Russischen Föderation negativ beeinträchtigt, ist als Bruch internationalen Rechts und als Verstoß gegen die Friedensordnung Europas vorbehaltlos zu verurteilen. Jede Form von Krieg stellt für die betroffenen Menschen eine Katastrophe dar und muss umgehend beendet werden. Durch die aktuellen Ereignisse kommt es an den Grenzen der Europäischen Union zu einer ungeahnten humanitären Katastrophe, der wir nur durch rasche und entschlossene Hilfe begegnen können. Die Wiener Stadtregierung und die Bundesregierung haben dazu ihre Bereitschaft erklärt. Diesen Schritt unterstützt die Bezirksvertretung Mariahilf ausdrücklich.

Die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung und die Solidarität mit den Menschen, die aufgrund des Krieges aus der Ukraine vertrieben wurden bzw. werden, kennt keine Grenzen. Unzählige Initiativen, Organisationen und Privatpersonen unterstützen die geflüchteten Menschen, sei es mit Geld- oder Sachspenden oder der Bereitstellung von Unterkünften.

Die Mariahilfer Bezirksvertretung sieht es als ihre Aufgabe und ihre Verantwortung, diese Hilfsbereitschaft und Solidarität zu unterstützen und zu fördern, weil dies das grundlegende Fundament einer menschlichen Gesellschaft und damit eines lebenswerten Bezirks darstellt.